

POLITIK AKTUELL

Ausgabe 11/2008
02.12.2008

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe
Mitreiter, sehr geehrte
Damen und Herren!

Mit dem Bundeshaushalt 2009 antworten wir auf die Herausforderungen durch die Finanzmarktkrise. Er leistet einen Beitrag dazu, dass wir gestärkt aus ihr herauskommen können. Insgesamt liegt das Volumen des Haushalts bei 290 Milliarden Euro, insbesondere die Investitionen des Bundes werden auf 27,2 Milliarden Euro aufgestockt. Allein in die Verkehrsinfrastruktur investieren wir im kommenden Jahr über eine Milliarde Euro zusätzlich. Darüber hinaus schaffen wir mit Verpflichtungsermächtigungen von über vier Milliarden Euro die rechtlichen Voraussetzungen für weitere Infrastrukturinvestitionen. Auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden um weitere 200 Millionen Euro erhöht.

Familien werden durch die Anhebung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes um deutlich mehr als zwei Milliarden Euro entlastet. Gleichzeitig reagieren wir mit dem Haushalt auf die weltweite Finanzmarktkrise: Das geplante Investitionsprogramm sowie die

weitere Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entlasten die Bürgerinnen und Bürger und stärken damit die Inlandsnachfrage. Zudem helfen wir der Wirtschaft und stimulieren die Konjunktur.

Trotz der weltweiten Finanzmarktkrise halten wir an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest. Gleichzeitig zwingt uns die globale Wirtschaftskrise zu Korrekturen: Wir nehmen über vier Milliarden an Steuern und über 2 Milliarden Euro an Privatisierungen weniger ein, als ursprünglich geplant. Die notwendigen Mehrausgaben zur Stabilisierung der Konjunktur und des Finanzsystems sind gut investiertes Geld. Insgesamt liegt damit jedoch unsere Neuverschuldung bei 18,5 statt 10,5 Milliarden Euro, die ursprünglich geplant waren. Zum Vergleich: 2005 hatte die Neuverschuldung noch 31,2 Milliarden Euro betragen. Das zeigt die großen Erfolge unserer bisherigen Konsolidierungspolitik. Sie eröffnet uns nun in der Krise wichtigen Handlungsspielraum, wie uns auch

der Sachverständigenrat der Wirtschaftsweisen bescheinigt: „Erst durch die Schaffung langfristig tragfähiger öffentlicher Haushalte erarbeitet sich der Staat die Manövriermasse, um in einem konjunkturellen Abschwung die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und langfristig wachstumsförderliche Ausgabenkategorien dauerhaft zu erhalten und auszubauen. Dies ist der Finanzpolitik größtenteils gelungen, sodass anders als im letzten wirtschaftlichen Abschwung jetzt die automatischen Stabilisatoren voll zur Geltung kommen könnten.“

Die CDU / CSU - Bundestagsfraktion ist der Garant für wirtschaftliche Vernunft. Wir haben Deutschland aus der Rezession in den Boom geholfen und führen es nun sicher durch die Krise.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:	
„Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“	2
Finanzsystem besser regulieren – Krisenanfälligkeit	2
Erbschaftssteuerreform	3
PISA beweist: Union ist die Bildungspartei	5
Sächsische Union gründet Initiative Zukunft	5
Interview mit Rainer Dietrich	6
Aktuelles von der CDU-Stadtratsfraktion Zwickau	7
Neuwahl des Fraktionsvorstandes	7
Impressum & Termine	8

In Anbetracht der weltweiten Konjunkturabschwächung als Folge der ersten Krise auf den globalen Finanzmärkten ist es eine vorrangige Aufgabe, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern. Deshalb hat die Bundesregierung am 5. November 2008 das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ beschlossen. In erster Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets debattiert.

- Zum 1. Januar 2009 soll befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von höchstens 25% eingeführt werden.
- Zusätzlich ist vorgesehen, die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen zu erweitern.
- Außerdem soll die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für Handwerkerleistungen ausgeweitet werden.

„Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“

- Für PKW mit Erstzulassung ab dem Kabinettsbeschluss vom 5. November 2008 ist bis zum 30. Juni 2009 eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr vorgesehen, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5- und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung.
- Die KfW-Infrastrukturprogramme für strukturschwache Kommunen werden um drei Milliarden Euro erhöht.
- Dringliche Verkehrsinvestitionen werden beschleunigt: Dazu wird in den Jahren 2009 und 2010 ein „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ aufgelegt. Dazu nimmt der Staat in beiden Jahren je eine Milliarde Euro in die Hand. Gefördert werden sollen der Ausbau von Schienennetz und Wasserstraßen sowie der Lärmschutz.
- Die Regierung will, dass die Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskredite von 7,2 Milliarden Euro in 2007 auf zehn Milliarden Euro in 2009 aufgestockt werden. Damit soll die Entwicklung schadstoffarmer Fahrzeugtechnologien gefördert werden. Auch die EIB-Mittel für den Mittelstand sollen erhöht werden, wovon kleinere Zuliefererbetriebe profitieren sollen.
- Die KfW stockt ihr Angebot an Beteiligungskapital auf, damit junge innovative Firmen einfacher Finanzierungen finden.
- Das Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmer (WegeBau) wird flächendeckend ausgebaut.
- Mit tausend zusätzlichen Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit wird die Vermittlung kürzlich Gekündigter verbessert.
- Die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wird befristet für ein Jahr von bisher zwölf auf 18 Monate verlängert.

Weitere Punkte des Konjunkturprogramms sind:

- Mit einem bis Ende 2009 befristeten Programm im Volumen von bis zu 15 Milliarden Euro soll die Staatsbank KfW das Kreditangebot verstärken. Dazu soll sie bis zu 80 Prozent der Haftungsrisiken der kreditgebenden Hausbank übernehmen können.
- Die Geldmittel für das CO₂-Gebäude-sanierungsprogramm und andere Modernisierungsmaßnahmen werden für die Jahre 2009 bis 2011 um drei Milliarden Euro aufgestockt.

Finanzsystem besser regulieren – Krisenanfälligkeit reduzieren

In der vergangenen Woche haben die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrienationen und Schwellenländer auf dem Weltfinanzgipfel in Washington ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, um die Risiken für eine Wiederholung der derzeitigen Finanzmarktkrise deutlich zu minimieren. Auf Grundlage von fünf Reformgrundsätzen wird in den kommenden drei Monaten der insgesamt rund 50 Punkte umfassende Maßnahmenkata-

log weiter konkretisiert und ausgearbeitet. Die fünf Reformgrundsätze lauten:

- **Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht,**
- **Verbesserung der Regulierung,**
- **Stärkung der Integrität der Finanzmärkte,**
- **Stärkung der internationalen Zusammenarbeit,**
- **Reform der internationalen Finanzinstitutionen,**

• **Fahrplan für die Umsetzung des Aktionsprogramms.**

Die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels sind ein Meilenstein in der internationalen Finanzgeschichte.

Endlich bekennen sich die führenden Industrienationen und Schwellenländer dazu, künftig Finanzmärkte, Produkte und Marktteilnehmer einer besseren Kontrolle durch Regulierung und Aufsicht zu unterwerfen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt der Bundeskanzlerin Angela Merkel, die schon frühzeitig auf den Regelungsbedarf der Finanzmärkte hingewiesen hat, für ihren entschlossenen Einsatz in der aktuellen Krise auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und unterstützt sie in dem Bemühen um eine neue Sicherheitsstruktur der internationalen Finanzsysteme.

Erbschaftssteuerreform

Die Verhandlungen waren lang und mühsam. Am Ende hat jedoch die Vernunft gesiegt und die Koalitionsfraktionen haben sich auf eine umfassende Reform der Erbschaftsteuer verständigt. Das entsprechende Gesetz wurde diese Woche im Bundestag beschlossen.

Mit der Erbschaftsteuerreform werden die Freibeträge für Ehepartner auf 500.000 Euro verdoppelt und für Kinder auf 400.000 Euro angehoben.

Ausgangspunkt weiterer Änderungen für Immobilien-erben und Betriebserben war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem es die bisher geübte Ungleichbehandlung, Immobilienvermögen im Erbfall deutlich niedriger zu bewerten als sonstiges Vermögen, etwa Bargeld oder Aktien, als verfassungswidrig gerügt hatte. Dem Ge-

setzgeber war dabei aufgegeben, bis zum Ende des Jahres 2008 eine Neuregelung zu finden. Dass dabei Immobilien, privat genutzte Einfamilienhäuser ebenso wie vermietete Objekte, aber auch zu betrieblichen Zwecken genutzte Immobilien mit dem so genannten Verkehrswert bewertet werden mussten, stellte die Koalitionsfraktionen vor besondere Herausforderungen.

Denn der im Vergleich zur bisherigen Praxis deutlich höhere Wertansatz bei diesen Objekten hätte leicht dazu führen können, dass im Erbfall der überlebende Ehegatte oder etwa die Kinder, die weiter im elterlichen Haus wohnen wollen, mit erheblichen Erbschaftsteuern belastet worden wären, die sie im Zweifel ohne eine Veräußerung des Hauses nicht hätten aufbringen können.

Betriebs- und Unternehmenserben hätten ebenfalls mit weitaus höheren Erbschaftsteuern rechnen müssen, die in vielen Fällen zu einer ernststen Belastung der Betriebe und damit zu einer Gefahr für Arbeitsplätze und Wachstum geführt hätten. Die Union hält in beiden Fällen eine übermäßige Belastung der Erben für nicht hinnehmbar und hat dem Koalitionspartner in mühsamen Verhandlungen ein sehr vernünftiges Ergebnis abgerungen.

Ehegatten zahlen im Erb- und Schenkungsfall auf das selbstbewohnte Haus oder die selbstbewohnte Wohnung unabhängig vom Wert keine Erbschaftsteuer. Für Kinder gilt das Gleiche, wenn sie bestimmte, großzügig bemessene Wohnungsgrößen nicht überschritten werden.

Damit ist die Gefahr, dass eine Witwe oder ein Witwer

oder Kinder aus dem ererbten Haus wegen hoher Erbschaftssteuerbelastungen vertrieben werden, vom Tisch. Im Interesse von Arbeitsplätzen und Wachstum haben wir auch für Firmenerben eine erfreuliche Regelung durchsetzen können.

Unternehmensnachfolger, die den übertragenen Betrieb mindestens sieben Jahre fortführen, erhalten einen Abschlag von 85% auf die anfallende Erbschaftsteuer. Wahlweise können sie sich für eine vollständige Entlastung entscheiden, wenn sie den Betrieb mindestens zehn Jahre fortführen.

Verbraucherschutz für Senioren

Im Jahr 2030 wird bereits jeder dritte Bundesbürger älter als 60 Jahre sein. Damit werden Senioren auch als Konsumenten immer wichtiger: Schon heute verfügen sie mit 316 Milliarden Euro in Deutschland über eine hohe Kaufkraft. Dabei haben ältere Menschen besondere Ansprüche an Qualität, Handhabung und Beratung. Viele Warenangebote und Dienstleistungen stellen ältere Verbraucher in ihrem Alltag vor große Probleme: kaum überschaubare Produktpaletten, zu komplizierte Gebrauchsanweisungen und kaum lesbare Beschriftungen. Ältere Menschen

fühlen sich in Verkaufssituationen vermehrt ausgegrenzt oder nicht ernst genommen. Dabei geht es nicht nur um ein Handy mit großen Tasten oder den „Senioren-PC“. An Bahnhöfen, im Internet oder in Einkaufszentren wimmelt es nur von Anglizismen und Wortschöpfungen, die älteren Menschen das Leben oft unnötig schwer machen. Auch als Kreditnehmer sind Senioren unerwünscht: Schon ab 60 Jahren wird ein Bankdarlehen zur Glückssache, Käufe auf Raten sind ab 70 Jahren nur über Bürgschaften der Kinder erhältlich.

Umso wichtiger ist es, Senioren als Verbrauchergruppe ernst zu nehmen und zu stärken. Für die Union ist und bleibt Verbraucherpolitik immer auch Seniorenpolitik. Es gilt, die digitale, sprachliche und finanzielle Spaltung der Generationen mit Hilfe eines zeitgemäßen Verbraucherschutzes zu überwinden. Werden Verhaltensweisen oder Informationsdefizite der Senioren gezielt ausgenutzt, brauchen sie daher einen besonderen Schutz oder reichen die gesetzlichen Vorgaben aus? Welche Wünsche und Anforderungen stellen ältere Menschen an Anbieter von Produkten und Dienst-

leistungen? Wie können Verbraucherorganisationen mit Information und Beratung die Zielgruppe besser erreichen? Was kann und muss die Politik leisten, um die Verbraucherinteressen von Senioren zu stärken?

Diese Fragestellungen will die CDU/CSU zusammen mit Fachleuten aus Wirtschaft, Politik, Verbänden und Medien erörtern.

Neben dem Bundeshaushalt 2009 und dem Erbschaftsteuergesetz beschäftigte sich das Parlament in dieser Woche mit folgenden weiteren Themen. In zweiter und dritter Lesung stand die Verabschiedung des Jahressteuergesetzes 2009 an. Dieses setzt verschiedene Maßnahmen um, die sich im Laufe des Jahres aus Gerichtsurteilen, EU-rechtlichen Vorgaben oder aus Anregungen von Verwaltung und Verbänden ergeben haben.

Neben einer Vielzahl „technischer“ Änderungen enthält das Gesetz eine

Reihe politisch bedeutsamer Maßnahmen, wie u. a. die Steuerfreiheit für Leistungen des Arbeitgebers zur Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der betrieblichen Gesundheitsförderung sowie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines sog. optionalen Faktorverfahrens bei der Lohnsteuer von Ehegatten als Alternative zur bisherigen Lohnsteuerklassenwahl zur genaueren Zuordnung des Splittingvorteils auf beide Ehegatten.

Darüber hinaus wurde erreicht, dass die noch im Gesetzentwurf vorgesehene Begrenzung des Vor-

steuerabzugs auf 50 Prozent bei nicht-ausschließlich unternehmerisch genutzten Firmenfahrzeugen entfällt. Die bislang vorgesehene Deckelung der 30-prozentigen steuerlichen Absetzbarkeit von Schulgeld wird von 3.000 Euro auf 5.000 Euro für jedes Kind erhöht und die steuerliche Absetzbarkeit auch bei berufsbildenden Schulen gewährt.

Die im Regierungsentwurf enthaltene Verdoppelung der strafrechtlichen Verjährungsfrist von fünf auf zehn Jahre für alle Fälle der Steuerhinterziehung wird nunmehr zielgenau nur bei besonders schweren Fällen

eingeführt. Auch haben wir durchgesetzt, dass die Steuerbefreiung für Einnahmen von Gastfamilien, die Menschen mit Behinderung betreuen, nunmehr umfassend geregelt wird. Derartige Einnahmen werden weitgehend steuerfrei gestellt.

Ebenfalls in dieser Woche stand die Wahl des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit an. Die Amtszeit des Bundesbeauftragten beträgt fünf Jahre. Er untersteht der Dienstaufsicht des Bundesministeriums des Innern und ist in Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Zahl der Beschäftigten erreicht historischen Höchststand: Im dritten Quartal des laufenden Jahres hat sich die Zahl der in Deutschland Erwerbstätigen auf rund 40,5 Millionen erhöht. Das sind 582.000 mehr als im Vorjahr und entspricht einer Steigerung um 1,5 Prozent. Gegenüber dem zweiten Quartal 2008 haben 273.000 Personen mehr Arbeit (+0,7 Prozent). Damit gehen so viele Menschen einer bezahlten Beschäftigung nach wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich resultierte zum größten Teil aus der Zunahme der Arbeitnehmer um 1,6 Prozent auf 36 Millionen. Ausschlaggebend hierbei war vor allem der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Dagegen hat sich die Zahl der Selbständigen nur leicht erhöht (+0,2 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Bildung verbessert Chancen auf dem Arbeitsmarkt: Je besser die Ausbildung, desto besser die Beschäfti-

gungschancen – mit leichten Einschränkungen stimmt diese Aussage auch weiterhin. So gehen unter den Geringqualifizierten in Deutschland nur 54 Prozent einer Beschäftigung nach im Vergleich zu 72 Prozent bei den Fachkräften mit Berufsausbildung. Am höchsten ist der Beschäftigungsstand unter Akademikern, der bei 85 Prozent liegt. Rechnet man den freiwilligen Verzicht auf Erwerbstätigkeit z. B. zum Zwecke der Kindererziehung hinein, verstärkt sich die Korrelation zwischen Ausbildungsniveau und Jobchancen noch. Allerdings gibt es deutliche regionale Unterschiede infolge der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage. So sind Akademiker in Berlin doppelt so oft erwerbslos wie in Hamburg. Generell sind die Chancen in Ostdeutschland unabhängig vom Qualifikationsniveau geringer, eine Beschäftigung zu finden als im Westen. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Lohnstückkosten in Deutschland trotz beachtli-

cher Verbesserungen weiterhin hoch: Die Lohnstückkosten in Deutschland sind in den vergangenen acht Jahren deutlich gesunken. Im Schnitt sind sie seit dem Jahr 2000 jährlich um 2 Prozent zurückgegangen. Wichtigster Faktor war eine deutliche Steigerung der Produktivität um jährlich durchschnittlich 4,3 Prozent. Damit hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie signifikant erhöht, weil sich

im gleichen Zeitraum die Kosten pro Arbeitsstunde im Ausland um 3,6 Prozent verteuert haben. Dennoch liegen die Lohnstückkosten bei uns immer noch auf sehr hohem Niveau. Lediglich in vier Ländern ist die Produktion derzeit noch teurer als in Deutschland. Durchschnittlich liegen die Produktionskosten im Ausland um 7 Prozent unter den hiesigen. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)



Hessische Heldensage

Zeichnung: Sakurai



Stanislaw Tillich
Ministerpräsident

Erfreut haben wir die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie zur Kenntnis genommen. Seit der ersten Untersuchung im Jahr 2000 sind in ganz Deutschland gewaltige Anstrengungen zur Verbesserung der schulischen Bildung unternommen worden.

Die neue Studie zeigt, dass sich die Anstrengungen

gelohnt haben und nun Früchte tragen: Insgesamt haben sich sämtliche Länder in allen Bereichen verbessert; die deutlichsten Verbesserungen wurden im Bereich der Naturwissenschaften erreicht. Sachsen erreicht weltweit den zweiten Platz hinter Finnland, aber auch Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg erreichen weltweites Spitzenniveau. Auch bei den Lese- und Mathematikkompetenzen schneiden die seit Jahrzehnten von der Union regierten Länder Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg überdurchschnittlich gut ab, während das SPD-Stammland Bremen in allen Kategorien weit unterhalb des OECD-Mittelwerts landet und nur wenig Verbesserungen erkennen lässt. Damit unterscheidet es sich deutlich von Ländern, in denen die Union seit dem ersten PISA-Test die Regierungsverantwortung übernommen hat: So

haben sich Hamburg und Nordrhein-Westfalen ins Mittelfeld vorgearbeitet; in den Naturwissenschaften hat Sachsen-Anhalt sogar eine Verbesserung um 44 Punkte erreicht.

Besonders erfreulich ist, dass die Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft abgenommen hat. Auch hier weisen die Spitzenreiter Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg überdurchschnittliche Werte aus. Am besten gelingt es Sachsen, die Gerechtigkeit bei den Bildungschancen herzustellen.

Das zeigt einmal mehr: Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Wir machen ernst mit unserem Anspruch, allen Kindern die Chance auf Aufstieg und Teilhabe zu geben. Das ist Sozialpolitik im besten Sinne! Dagegen sind die auf linker Seite geführten Diskussionen über eine Ein-



Prof. Dr. Roland Wöller
Staatsminister
für Kultus

heitsschule ideologische Grabenkämpfe, die den Schülerinnen und Schülern nicht helfen.

Diesen Weg werden wir weiter gehen, um unser Bildungssystem noch stärker zu verbessern und sicherzustellen, dass kein Kind verlorengeht.

Sächsische Union gründet Initiative Zukunft Sachsen

Die Sächsische Union hat am 18. November in Moritzburg die **Initiative Zukunft Sachsen (IZS)** gegründet. Die Initiative ist Bestandteil des seit zwei Jahren durchgeführten kommunalpolitischen Nachwuchsprogramms und führt die Absolventen in einem Alumni - Netzwerk zusammen. Gegenwärtig zählt die Initiative ca. 120 Mitglieder der ersten beiden Jahrgänge des Nachwuchsprogramms. Dem Leitungsgremium gehören neben dem Generalsekretär Michael Kretschmer MdB fünf Absolventen des Programms an. Zum Leiter wurde der

aus dem Erzgebirge stammende Jörg Markert - Mitglied im CDU - Landesvorstand - bestimmt.

„Die Nachwuchspolitiker wollen die Zukunft ihrer Heimat selbst mit in die Hand nehmen und aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung Sachsens teilhaben“, erklärt Markert die Initiative. „Gerade auf kommunaler Ebene ist es wichtig, dass sich junge und erfahrene Menschen mit ihrem Wissen und Können in die Politik einbringen. Das ist das Anliegen der Initiative Zukunft Sachsen.“

Durch intensive Kontakte zu Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wollen wir für die Menschen vor Ort nach Lösungen suchen und diese dann in kommunale Entscheidungen einbringen. Wenn uns das ein Stück weit gelingt, leisten wir für die demokratische Kultur in unserem Land einen entscheidenden Beitrag“, ermuntert der Leiter der IZS zum Mitmachen.

Die vernetzte Gesellschaft erfordere gezielte kommunale Entscheidungen und Antworten aus einem Guss, ist sich Markert sicher. „Viele Probleme, die vor Ort

bestehen, lassen sich durch ein enges Miteinander viel leichter bewältigen. Da hilft es, wenn sich die verschiedenen Akteure untereinander kennen und sich gegenseitig unterstützen“, so Markert. Die IZS habe sich der Zukunft der Heimat, der Zukunft Sachsens verschrieben. „Die Sächsische Union ist damit wieder einmal Vorreiter in Sachen zukunftsorientierter und vorausschauender Politik für Sachsen“, freut sich Markert.

Rainer Dietrich



Rainer Dietrich

**Bürgermeister für
Wirtschaft und Bauen
der Stadt Zwickau**

**Vorsitzender des CDU-
Stadtverbandes
Zwickau**

Seit 1. Oktober 2008 sind Sie Bürgermeister für Wirtschaft und Bauen der Stadt Zwickau. Wie waren die ersten beiden Monate im neuen Job?

Äußerst interessant. Die ersten beiden Monate waren auf alle Fälle anders, als ich sie mir vorgestellt habe. Zu strategischen Überlegungen blieb kaum Zeit, da viel Papier zu bewältigen ist. Dinge, die ich will, muss ich den Amtsleitern gegenüber sofort ansprechen. Ich habe früh deutlich gemacht, dass ich von der Verwaltung und besonders von den Amtsleitern, wissen will wie es geht und nicht wie es nicht geht. Als Novize in der Stadtverwaltung brauche ich natürlich die fachliche Kompetenz und Erfahrung der Amtsleiter. Deshalb ist mit ein enger Kontakt zu ihnen wichtig. Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die derzeitige enorme Arbeitsbelastung, die aber mehrere Ursachen hat. Zum einen hat der Stadtrat beschlossen die Zahl der Bürgermeister von vier auf zwei zu verringern. Die Arbeit ist dadurch aber nicht weniger geworden und muss trotzdem gemacht werden. Zum anderen führt der „doppelte Umzug“ zu einer erheblichen Mehrbelastung an Arbeit. Damit meine ich, dass wir derzeit infolge der Kreisreform mit einer Aufgaben- und Personalneuordnung zwischen der Stadt und dem Landkreis beschäftigt sind, zusätzlich aber noch innerhalb der Stadtverwaltung Zwickau mehrere Umzüge zu bewältigen haben.

Sie waren 17 Jahre lang Geschäftsführer Ihres eigenen Unternehmens. Was ist für Sie der Unterschied zwischen einer Führungsposition in der Wirtschaft

und einer Führungsposition in der Politik?

Die Spontaneität ist weg. In der Verwaltung ist alles - zum Beispiel mit Dienstabweisungen—geregelt, die mir bis dato noch unbekannt waren. Der Arbeitsaufwand in beiden Tätigkeiten ist jedoch vergleichbar. Der gesunde Menschenverstand ist hier wie dort gefragt. Damit werden viele Probleme lösbar.

Was sind Ihre vorrangigen Ziele als Bürgermeister in den nächsten Jahren?

Wir haben in der nächsten Zeit viele ehrgeizige Bauprojekte, wie zum Beispiel Rathaus, Kornhaus, Stadion und Schwimmhalle, zu bewältigen. Mir ist es wichtig, dass wir diese in guter Qualität, im zeitlichen Rahmen, und besonders bei Einhaltung der vorgegebenen Kosten, durchführen. Denn die Kostenfrage ist ganz entscheidend. Weiterhin werde ich eine Studie zu Kreisverkehren in Zwickau erstellen lassen. Dabei sind Kreisverkehre für mich überall, außer auf der B 93, denkbar. Auf der B 93 ist es mein Ziel, dass es dort in ansehbarer Zeit eine grüne Welle gibt. Denn wer die B 93 benutzt, der will in den meisten Fällen zügig durchfahren. Als Bürgermeister für Wirtschaft hat für mich der Erhalt vorhandener Arbeitsplätze Vorrang vor der Schaffung neuer Arbeitsplätze, denn die Arbeitsplatzsicherheit ist ein hohes Gut.

Sie waren viele Jahre als CDU-Stadtrat aktiv. Jetzt sind Sie als Bürgermeister Teil der Verwaltung. Was hat Ihnen der Perspektivwechsel für Erkenntnisse gebracht? Wie schätzen Sie die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat ein?

Zunächst einmal finde ich es gut, dass die großen Fraktionen die Bürgermeister stellen. Das bringt mehr Ruhe in das politische Geschehen. Es wird im Vorfeld von Entscheidungen vielmehr mit den Stadträten gesprochen. Der Stadtrat wird stärker mit einbezogen. Die Angebote der Bürgermeister werden von den Stadträten auch angenommen. Ich spüre deutlich, dass die Stadträte an einer Problemlösung interessiert sind. Das Klima zwischen Bürgermeistern und Stadträten hat sich wesentlich verbessert—zum Wohle der Stadt Zwickau.

Wie beschreiben Sie Ihr Verhältnis zu Oberbürgermeisterin Pia Findeiß?

Die Oberbürgermeisterin gibt sich viel Mühe mit mir als Neuen. Wir haben ein kollegiales Verhältnis zueinander und wenn es unser enger Zeitplan erlaubt, dann reden wir auch viel miteinander.

Was erwarten Sie sich von der Stadtratswahl im nächsten Jahr?

Ich erwarte ganz klar, dass die CDU stärkste Fraktion wird. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir nächstes Jahr bei der Aufstellung der Listen für die Stadtratswahl auch ein paar junge Leute auf den vorderen Plätzen haben. Allerdings möchte ich auch keine obere Altersgrenze für eine Kandidatur festlegen. Die Auswahl von Kandidaten—auch der bisherigen Stadträte—soll nach Aktivität erfolgen. Dabei möchte ich auch, dass die Frage: „Wie aktiv waren sie bei der Parteilarbeit?“ berücksichtigt wird. Ich habe manchmal das Gefühl, das einige, die über die CDU in den Stadtrat gekommen sind, das gelegentlich vergessen.

Sie sind auch Stadtverbandsvorsitzender der CDU-Zwickau. Im nächsten Jahr finden Landtags- und Bundestagswahlen statt. Wir werden zwei engagierte Wahlkämpfe führen müssen, um als CDU deutlich stärkste Kraft zu bleiben. Was geben Sie der CDU mit auf den Weg?

Den Wunsch nach Geschlossenheit und den Willen zum Sieg. Aber auch die Mobilisierung all unserer Wähler und das Abschütteln der Politikverdrossenheit sind Herausforderungen, denen wir im Wahlkampf stellen müssen, um klar zu gewinnen. Ich werde der CDU im Wahlkampf meine ganze Unterstützung geben und wünsche uns allen Gottes Segen und Kraft für die vor uns stehenden Aufgaben.

Herr Dietrich, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Fertigstellung und Inbetriebnahme Schloss Osterstein



Dr. Thomas Beierlein
Fraktionsvorsitzender

Im November stand die Fertigstellung und Inbetriebnahme des in neuem Glanz rekonstruierten Schloss Osterstein im besonders Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Viele hatten an die Rettung und Wiederauferstehung des Schlosses nicht mehr geglaubt und in der Vergangenheit sogar einen Abriss der ruinösen Bausubstanz gefordert. Kein Wunder, wenn man sich selbst an die Bilder des Verfalls zurück erinnert. Einer kleineren Gruppe von Visionären ist es vor einigen Jahren jedoch gelungen, die Hoffnung in die Zukunft des Schlosses am Leben zu erhalten und gemeinsam mit dem Stadtrat den Plan zu dessen Rettung zu ver-

wirklichen. Das heute sichtbare prachtvolle Ergebnis dieses Engagements belohnt und ehrt die an der Rettung aktiv Beteiligten und erfreut die vielen Spender für den Wiederaufbau des Schlosses.

Die feierliche Übergabe und Eröffnung der Seniorenwohnanlage Schloss Osterstein fand am 07. November 2008, fast genau zwei Jahre nach der Grundsteinlegung, statt.

Die Seniorenwohnanlage wird seither durch die städtische Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH professionell betrieben und bereits zur Eröffnung waren nur noch wenige freie Plätze vorhanden.

Die CDU-Stadtratsfraktion hat den Wiederaufbau des Schlosses und das Konzept für die spätere Nutzung als Seniorenresidenz von Anfang an stark unterstützt und damit ihren Teil zur Rettung des Schlosses beigetragen. Nunmehr gilt es sich der Ruine des Kornhauses zuzuwenden und eine konzeptionelle und finanzielle Lösung für die Unterbringung der Stadtbibliothek in selbigem beschlussreif zu erstellen. Daran wird derzeit intensiv gearbeitet und ich werde in meinem nächsten Beitrag hoffentlich mehr darüber berichten können.

Dr. Thomas Beierlein

Fraktionsvorsitzender

Neuwahl des Fraktionsvorstandes

Am 25. September wählte der Zwickauer Stadtrat zwei beigeordnete Bürgermeister für die Amtsperiode bis 2015. Dabei ist es der CDU-Stadtratsfraktion gelungen, ihren Fraktionsvorsitzenden und erfolgreichen Unternehmer, Rainer Dietrich, als Bürgermeister für Wirtschaft und Bauen durchzusetzen. Aus diesem Grunde kam es in unserer Fraktionssitzung am 13.10.2008 zur Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden und weiterer Vorstandspeditionen. Für das Amt des Fraktionsvorsitzenden wurde Dr. Thomas Beierlein vorgeschlagen und in geheimer Wahl einstimmig gewählt. Weiterhin wurden als weiterer stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Claus-Steffen Reitzenstein und als Beisitzer Stefan Kramer gewählt.

Der Fraktionsvorstand besteht seither aus folgenden Personen:

Dr. Thomas Beierlein
Fraktionsvorsitzender

Dr. Claus-Steffen Reitzenstein
stellv. Fraktionsvorsitzender

Friedrich Hähner-Springmühl
stellv. Fraktionsvorsitzender

Lutz Feustel
Schatzmeister

Stefan Kramer
Beisitzer

tierte Fraktionsarbeit und forderte von den Fraktionsmitgliedern die dafür notwendige Verlässlichkeit und Konstruktivität bei der Abarbeitung der anstehenden Aufgaben. Sollten auch einmal notwendig sein Dinge zu kritisieren, dann darf es nicht nur bei der Kritik bleiben, sondern muss zu lösungsorientierten Vorschlägen führen. Diese Kernaussagen sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Sacharbeit der Fraktion bis zur Kommunalwahl 2009 und darüber hinaus.

Gerald Otto

Fraktionsvorsitzender



Gerald Otto
Fraktionsgeschäftsführer

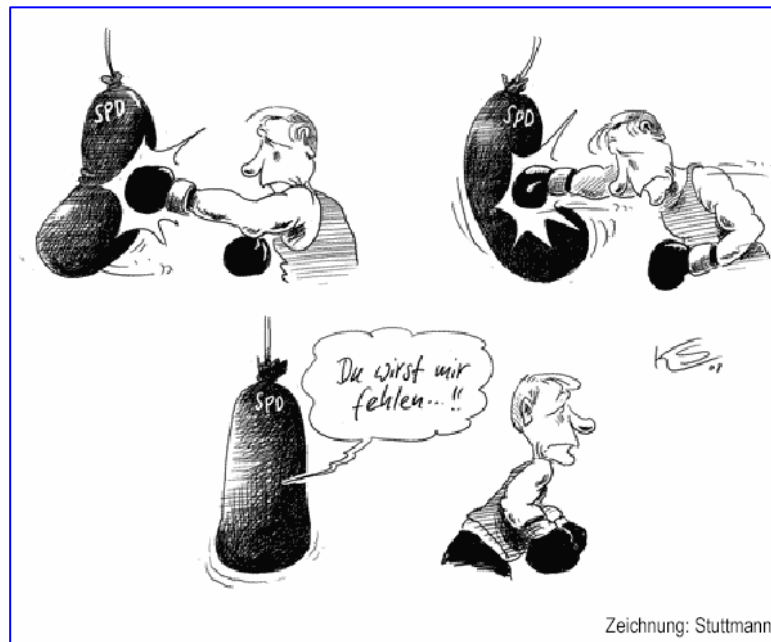
CDU KV Zwickau-Werdau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28/30
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710

Fax: 0375-294567

E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de



Zeichnung: Stuttmann

Termine Dezember 2008/ Januar 2009

03.12.08	3. Kreistagssitzung Ort: Sparkassen-Saal Zeit: 17.00 Uhr	06.01.09	Bürgersprechstunde von Dr. Michael Luther im Wahlkreisbüro, Hauptstr. 28 in Zwickau; Zeit: 15.00 bis 17.00 Uhr
12.12.08	Weihnachtsfeier der Jungen-Union; Ort: Sahnparkstadion/Forsthaus, Crimmitschau, Beginn: 19.30 Uhr	17.01.09	Landesvertreterversammlung zur Aufstel- lung der Landeslisten für Europa-, Land- tags- und Bundestagswahl; Ort: Dresden; Uhrzeit: 9.00 Uhr
		18.01.09	Landtagswahlen in Hessen

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 7 70 92
Fax: (030) 227 – 7 61 16
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de

www.cdu-zwickau-werdau.de